

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Graf Ad. Schick, Hoflieferant, Dr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke, Otto Reichel, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Nachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Wobcher, beide in Posen

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Saalfeld & Vogler & Co., G. L. Paube & Co., Invalidentent.

Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 885

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an Sonn- und Festtagen folgen Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 18. Dezember.

Inserate, die schmalere Zeitzeile über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 25 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen. 1893

Politische Uebersicht.

Für einen Wollzoll treten wieder einmal die Konservativen ein. Der Wollzoll ist eine Spezialität der vielberufenen „Pommerschen ökonomischen Gesellschaft“, dem Vorbilde des Bundes der Landwirthe. Es schadet ja nichts, wenn die Textilindustriellen, wie sie soeben ankündigen, eine große Protestversammlung gegen diese neue Beunruhigung von Handel und Wandel veranstalten. Aber auch ohne solche Gegenbewegung müßte das Bestreben nach Aufhebung eines Wollzolls ebenso aussichtslos bleiben wie das verwandte Bestreben nach Einführung eines Flachszolls. Die „Kreuzztg.“, in der der Wollzoll neuerdings empfohlen wird, fühlt denn auch selber, daß hier ein unlösbarer Gegensatz zwischen den Interessen von Industrie und Konsumption auf der einen, den Interessen der Schafzüchter auf der anderen Seite vorhanden ist, und sie ist so gütig, einen Ausweg vorzuschlagen. Für Wollwaaren, die ins Ausland gehen, soll nämlich der Wollzoll zurückgenommen werden! Freilich weiß der geschätzte Verfasser absolut nicht, wie man den Wollgehalt einer Waare festzustellen hätte, aber er tröstet sich damit, daß die Wissenschaft das schon herausbringen werde, wenn nur erst die Noth der Industrie dazu zwingt, auf diesem Gebiete den Scharfsinn des Erfinders anzuwenden. Unter Umständen ließe sich auch eine eidesstattliche Versicherung der Exporteure über den Wollgehalt ihrer Waaren denken. Es ist ja kein Wort weiter darüber zu verlieren, daß hier eine agrarische Phantasterei sich überschlägt. Warum es ein so großes Unglück sein soll, wenn unsere Schafzucht zurückgeht, können wir übrigens nicht einsehen. Die Herabdrückung der Wollpreise durch die übermächtige Konkurrenz namentlich Australiens hat zur Folge gehabt, daß unsere Landwirthe mehr und mehr von der Schafzucht zur Rindviehzucht, von der Weidewirtschaft zur intensiveren Ausnutzung des Bodens übergegangen sind, und der Vortheil dieses Wechsels kann doch auch von der Landwirtschaft nicht geleugnet werden, wird es auch thatsächlich nicht. Beim Wollzoll haben wir es wirklich nur mit der Agitation einer geringen Minderheit unter den Landwirthen zu thun; die wenigsten Grundbesitzer haben ein Interesse an der Vertheuerung der Wolle. Diese Agitation wird denn auch ganz wie die für den Flachszoll ihr naturgemäßes Ende an der zunehmenden Einschränkung der Zahl der Interessenten finden.

In der „Konf. Korresp.“ erklärt die Parteileitung der deutsch-konservativen Fraktion: „Der Abschluß weiterer Handelsverträge von ungleich größerer Bedeutung und Tragweite, aber auch verknüpft mit größerer Gefahr auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, steht in Aussicht. Auch diesen Vorlagen gegenüber können wir unsere Stellung nicht verändern; der Zustimmung und des Vertrauens aller unserer Gesinnungsgenossen sind wir sicher.“ Die „N. A. Z.“ aber fährt fort, den erregten Agrariern und ihrem Gefolge Frieden und Freundschaft zu predigen und sie daran zu erinnern, daß es außer der Partei und dem Parteikampfe noch andere Dinge giebt, die des Lebens werth sind.

Es gilt als wahrscheinlich, daß das neue italienische Kabinet sich der Kammer am Dienstag vorstellen wird. Im Laufe des Januar wird Herr Crispi der Kammer die Finanzprojekte der Regierung vorlegen und aus deren Annahme eine Vertrauensfrage machen. Er wird die unverzügliche Berathung dieser Projekte verlangen und erklären, daß er um jeden Preis die Finanzfrage lösen oder sich zurückziehen wolle. Des Weiteren kündigt diese Meldung an, daß Herr Crispi sofort nach Uebernahme der Regierung den Zuständen auf Sicilien besonderes Augenmerk zuwenden werde. Er beabsichtigt im Einvernehmen mit den sicilianischen Deputirten eine Aktion einzuleiten, durch welche die Gemüther auf Sicilien beruhigt und bedenklichen Wendungen vorgebeugt werden soll. Die agrarische Frage auf dieser Insel soll ein gründliches Studium seitens der Regierung erfahren und dann eine darauf bezügliche Vorlage im Parlamente eingebracht werden.

Am Sonnabend hat in London ein Minister Rath Platzgefunden, welcher sich nochmals mit den Vorschlägen des Marineministers Lord Spencer wegen Vermehrung der Kriegsflotte beschäftigte. Als Ergebnis der Beratungen sind wohl die von Gladstone im Unterhause abgegebenen Erklärungen zu betrachten, aus welchen hervorgeht, daß die früheren Mittheilungen der Blätter in Betreff der Bereitwilligkeit der Regierung, auf die Vorschläge Spencers einzugehen, allzu optimistisch gewesen sind. Mr. Gladstone hat zwar den Dienstag als Berathungstag für den bekannten Antrag des Konservativen Hamilton anberaumt, gedenkt jedoch

denselben durch einen Unterantrag zu bekämpfen, der nur allzu deutlich zeigt, wie groß der Widerwille des Premiers ist, dem Drängen der öffentlichen Meinung in dieser Frage nachzugeben. Der bezeichnete Unterantrag verlangt vom Hause in der Flottenfrage eine Vertrauenskundgebung für die liberale Regierung, welche sich ihrerseits zu nichts verpflichtet. Man darf auf Debatte und Abstimmung gefaßt sein, da anzunehmen ist, daß die Opposition in diesem Falle geschlossen auf ihren Bänken erscheinen dürfte, als dies in den letzten Wochen der Fall gewesen.

Die griechische Volksvertretung folgt Überzeugungstreue den von Trikupis gewiesenen Bahnen des Rechtsbruches. Sie hat am Freitag die Vorlage wegen Annullirung des Fundinganlehens angenommen. Es ist dies keine Ueberraschung; der Ministerpräsident wußte in dem Augenblicke, wo er ohne Ermächtigung der Kammer das Abkommen mit Hambro u. Sons außer Kraft setzte, daß die Abgeordneten ihm blind Gefolgschaft leisten würden. Von Interesse ist nur, daß sich bei den Kammerverhandlungen der letzten Woche doch ein Mann fand, der das Vorgehen Trikupis brandmarkte. Es war der Abgeordnete und einstige Minister Karapanos, der die gegenwärtige Nothlage auf die Großmannsucht und die übertriebenen Ausgaben des Landes zurückführte, die den Anlehenszins seit 1883 von 14 auf 31 1/2 Millionen steigerten. Karapanos sagte:

„Schon 1892 wurde mit einer von der Banque d'otomane geführten Gruppe ein Anlehen von 40—45 Millionen verhandelt; das Verlangen der Gruppe aber, daß ihre eigene Marke für die Entrichtung der zu verpfändenden Einkünfte Anwendung finde, wurde damals als eine zu weitgehende Kontrolle zurückgewiesen. Bei den Verhandlungen vom April 1893 habe das Haus die Erklärung abgegeben, die Beteiligung abgelehnt, unter Hinweis auf einen formellen Widerspruch der derzeitigen Regierung. Um so lieber habe nachher auch die englische Gruppe sich zurückgezogen, da die Bank die Unterjochung nicht beabsichtigte und die australische Krisis kam. Scharfen Tadel verdiente, wie Trikupis die Funding-Anleihe annullirte, die doch feste und unbestreitbare Engagements, sowie Rechte für Dritte geschaffen“ habe. Trikupis stehe vor, statt legal vorzugehen, den Herren Hambro und Sons einen Fußtritt zu verlegen, weil sie, seine einstigen Freunde, auch einem anderen Kabinet zu Diensten waren. Das beste aber dem Lande einen Flecken an. Ein Gesetz, votirt von der Kammer, genehmigt durch den König und veröffentlicht in vorgeschriebener Form, das sechs Monate hindurch in Kraft war, wird vom Ministerium als werthlos einfach bei Seite geschoben. So müsse sich Griechenland in übelster Weise präsentiren.“

Diese Kritik ist zutreffend, aber sie könnte noch schärfer sein, um das weitere Vorgehen der Regierung zu kennzeichnen. Wenn man nach den kurzen Berichten etwa noch hätte im Zweifel sein können, ob Trikupis auch den Muth habe, die der Monopolanleihe gewährten Rechte anzutasten, so wird dieser Zweifel durch eine neuere Meldung behoben, in der dieser Absatz der ministeriellen Rede lautet:

„Alle Tilgungsfonds auf die Goldanleihen sind zu suspendiren und die bisher für alle nationalen Anleihen überwiesenen Einkünfte sind in Zukunft dem öffentlichen Staatsschatze einzuverleiben.“

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; es bedeutet die Beschlagnahme der als besondere Sicherheit überwiesenen Einkünfte zu Gunsten des Staatsschatzes. Wie nach diesem Beispiel ein Trikupischer Finanzplan beschaffen sein kann, läßt sich denken. Hoffentlich erfährt der Minister aber noch, daß die thessalische Diebsmanier in Europa noch nicht zum leitenden Grundsatz geworden ist.

Deutschland.

□ Berlin, 17. Dez. [Großindustrie und Landwirtschaft.] Die Konservativen, die in der Berathung der Handelsverträge jeden Angriff kampflustig aufnahmen, haben es gleichwohl vorgezogen, auf eine der wichtigsten Vorhaltungen zu schweigen. Drei Redner waren es, die den Agrariern eindringlich zu Gemüthe führten, welche schwierige Lage sie durch die Zerreißung des landwirtschaftlich-großindustriellen Wirtschaftskartells herbeiführen würden. Die Abgg. Hammacher, Febr. v. Stumm und v. Bennigsen stellten den Konservativen diese bösen Folgen ihrer maßlosen Agitation vor Augen, und wir haben in den Antworten der Konservativen nichts gefunden, was auch nur den Versuch darstellte, der ihnen in bedrohlichen Umrissen gezeigten neuen Lage deutlicher ins Auge zu sehen. Die große Gefahr für die Agrarier, in ihrem Kampfe gegen die jetzige Wirtschaftspolitik die Vertreter der großindustriellen Interessen nicht nur vorübergehend, sondern dauernd zu ihren ärgsten Feinden zu machen, kann den Wortführern der Konservativen natürlich nicht verborgen bleiben. Aber sie haben sich nun einmal in ihre Agitation dermaßen verrannt, daß sie diese neuen

Schwierigkeiten am liebsten garnicht sehen möchten. Wenn die Konservativen behaupten, daß der Bruch zwischen Industrie und Landwirtschaft schon heute da sei, daß die Großindustrie die Landwirtschaft schon beim Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn im Stich gelassen habe, so glauben sie das gewiß selber nicht. Haben doch etwa 20 konservative Reichstagsmitglieder im Dezember 1891 unter der Führung des Febr. v. Mantuffel die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und Italien gutgeheißen. Wie sollten also die Vertreter der Großindustrie im Reichstage damals der Landwirtschaft feindlich gesinnt gewesen sein, wenn die Führer der agrarischen Interessen mit ihnen fanden, daß eine Herabsetzung der Getreidezölle um 1 1/2 Mark erträglich sei! Der Bruch ist damals durchaus nicht erfolgt, und auch heute ist er noch nicht da, weil die Niederlage der Konservativen den anderen Theil dieses ungeschriebenen Wirtschaftskartells, die Großindustrie, einstweilen nicht nöthigt, schärfere Saiten aufzuziehen. Die Drohung der Konservativen, wie man sie in Privatgesprächen vernahmen kann, daß nämlich die Herabsetzung der Getreidezölle mit einer Agitation zur Herabsetzung der Eisenzölle beantwortet werden könnte, wird im Lager der Großindustrie wohl nicht sehr verfangen. Im Centrum hat man für diese Dinge, für die Gefährlichkeit eines Bruchs zwischen den beiden Wirtschaftsinteressen und für den Rückschlag auf die Festigkeit der Partei ein viel nüchterneres Verständniß. Es ist kein Zufall, daß das Centrum und die Nationalliberalen diejenigen Parteien sind, bei denen die Abstimmung über den rumänischen Handelsvertrag einen vertragsfreundlichen und einen vertragsfeindlichen Theil ergeben hat. Beide Parteien umfassen in ihrer Ausdehnung über industrielle und zugleich landwirtschaftliche Wahlkreise entgegengesetzte Interessen in sich, die in einer so entscheidungsreichen Frage den Fraktionsverband für einen Augenblick sprengen mußten. Bei den Nationalliberalen ist es nur eine Minderheit gewesen, die gegen die Handelsverträge stimmte, beim Centrum etwa die Hälfte. Die zustimmende Hälfte kann als Vertretung der Interessen von Industrie und Arbeiterchaft gelten. So stark nun aber die Gegensätze zwischen rechtem und linkem Wirtschaftsflügel des Centrums gewesen sind, so gebietet es die Rücksicht auf den Bestand der Partei, daß solche Fragen nicht als Sprengbomben wirken. Sollten die Konservativen wirklich so unklug sein, es auf ein Auseinanderfallen der Wirtschaftspolitischen Gemeinschaft mit Großindustrie und Großhandel ankommen zu lassen, so würden sie beim Centrum ganz sicher den stärksten Widerstand finden, sogar beim agrarischen Theil des Centrums. Wir können uns dafür auf Aeußerungen von ultramontanen Abgeordneten berufen, die gegen den rumänischen Handelsvertrag gestimmt haben. Man muß diese Sachlage mit ins Auge fassen, um die Aussichten des russischen Handelsvertrages im Reichstage angemessen zu würdigen. Der große Unterschied zwischen den landwirtschaftlichen Interessen und denen von Industrie und Handel bei diesem Vertrage mit Rußland ist, daß die eventuelle Schädigung unseres Gewerbes durch Verewigung des Zollkrieges auf der Hand liegt, während es bis heute noch nicht gelungen ist, zu beweisen, daß die Landwirtschaft leiden muß, wenn das Getreide, das zur Ergänzung der deutschen Körnerproduktion vom Auslande eingeführt werden muß, im Preise sinken wird, wenn es in Zukunft wieder aus Rußland statt wie jetzt aus Amerika, Rumänien etc. kommt.

△ Berlin, 17. Dez. [Ausweisung.] Wegen angeblich sozialistischer Uatriebe ist ein österreichischer Student am Charlottenburger Polytechnikum Namens Kofolsky ausgewiesen worden. Näheres ist nicht zu erfahren gewesen. Im sozialdemokratischen Lager wird behauptet, daß man von diesem jungen Manne und seinen sozialistischen Bestrebungen erst bei Gelegenheit seiner Ausweisung etwas gehört habe.

— Für den preussischen Staatshaushaltsetat für 1894/95 ist die vollständige Durchführung des bisher für Unterbeamte, Kanzleibeamte und einen Theil der Subalternbeamten eingeführten Systems des Aufstiegens im Gehalt nach dem Dienstalter in Aussicht genommen.

— Die „Post“ schreibt, die Beresung des deutschen Botschafters in Rom in den Ruhestand ist dem Bernehmen nach durch keinerlei politische Motive veranlaßt, sondern lediglich durch das Ansuchen des Grafen Solms.

— Der „Rö'n. Ztg.“ wird aus Rom gemeldet, daß zum Nachfolger des bisherigen deutschen Botschafters, Grafen Solms-Sonnenwalde, der deutsche Gesandte in Bukarest, Bernard von Bülow, ausersesehen sei.

— Der deutschen Regierung gingen aus Brüssel zwei vom Kommandanten Ponthier in Ribonga aufgefundene Tage-

